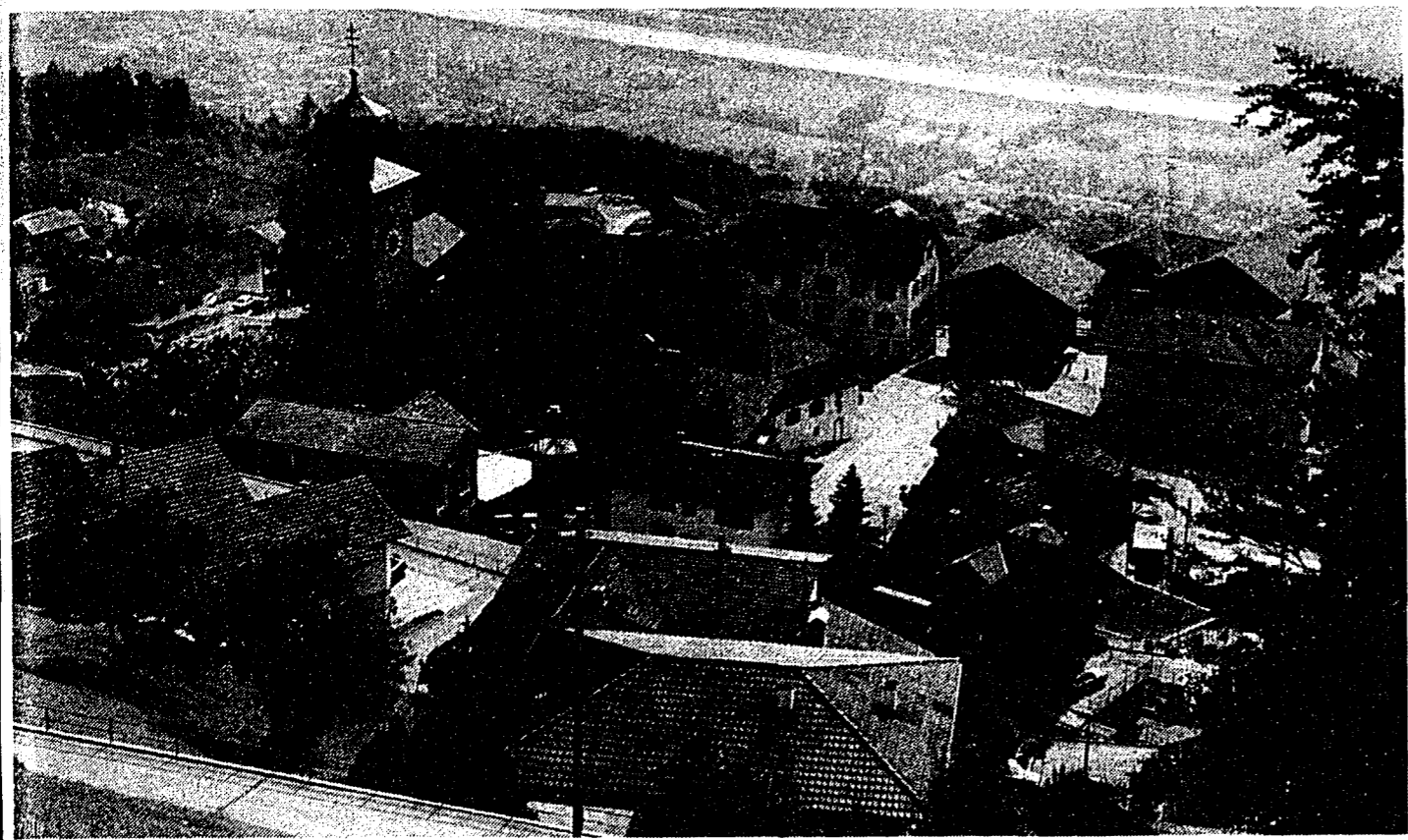


Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.



Die Tätigkeitsberichte der Arbeitsgruppen für Wirtschafts-, Eigentums- und Bildungspolitik sowie Bürgerrechts- und Umweltfragen, die Neuwahlen des Präsidiums der Partei, vor allem aber die Stellungnahme des Parteipräsidenten Dr. Herbert Batliner zu verschiedenen aktuellen Fragen stehen im Mittelpunkt des FBP-Parteitag von morgen Mittwoch in Triesenberg (unser Bild).

Herzlich willkommen in Triesenberg!

Morgen Mittwoch, 26. Juni, um 18.30 Uhr beginnt im Gemeindesaal der ordentliche Parteitag der FBP

Das politische Interesse vieler Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner konzentriert sich morgen Mittwoch auf Triesenberg. Dort beginnt um 18.30 Uhr der ordentliche Parteitag 1984 der fortschrittlichen Bürgerpartei. Im Mittelpunkt stehen Berichte von Arbeitsgruppen und die Wahl des Präsidiums, dessen Amtszeit mit dem morgigen Parteitag abläuft.

Erstmals in der jüngeren Geschichte der FBP beginnt ein ordentlicher Parteitag bereits in einer vergleichsweise frühen Abendstunde, nämlich um 18.30 Uhr. Diese für manche Teilnehmer vielleicht noch ungewohnte Zeit hängt mit der erstmaligen Präsentation von Kurzberichten zusammen, die von parteiinternen Arbeitsgruppen u. a. auf dem Gebiet der Wirtschafts-, Eigentums- und Bildungspolitik sowie im Bereich der Bürgerrechts- und Umweltfragen erarbeitet wurden. Die Arbeitsgruppen sind eingesetzt, um in einem frühen Stadium die programmatischen Grundlagen und Richtungen aufzuzeigen, welche zu einem späteren Zeitpunkt dann die Basis für ein neues FBP-Programm im Hinblick auf die Landtagswahl 1986 darstellen. Die FBP möchte damit dartun, dass sie keine Partei ist, die ihre Aufgabe nur darin sieht, rechtzeitig zum Wahltermin Kandidaten zu nominieren. Es waren in den vergangenen Monaten breiteste Kreise der Partei, Frauen und Männer aller Altersgruppen und Stände, die sich innerhalb der Partei mit wichtigen politischen Fragen befasst haben. Der Parteivorstand hofft, dass man die Arbeit dieser Gruppen mit einer geschlossenen Präsenz schon zu Beginn des morgigen Parteitages, also ab 18.30 Uhr würdigt.

dem man auch morgen Mittwoch eine Stellungnahme zu verschiedenen aktuellen Fragen erhofft. Parteipräsident Dr. Batliner hat in den vergangenen Parteitagen die Position der FBP stets klar und unmissverständlich abgesteckt und sich dabei auch sogenannter heissen Eisen ohne Scheu angenommen.

Gäste sind herzlich willkommen
Neben den Mitgliedern des Landesauschusses und den Delegierten der Ortsgruppen, für welche die Teilnahme am Parteitag obligatorisch ist, sind Freunde, Familienangehörige und alle interessierten Einwohner des Landes als Gäste am FBP-Parteitag herzlich willkommen: morgen Mittwoch um 18.30 Uhr im Gemeindesaal Triesenberg.

Delegiertenversammlung des Liechtensteiner Milchverbandes in Vaduz:

Im Zeichen des Jubiläums 10 Jahre Milchhof

Der Liechtensteiner Milchverband führte am vergangenen Freitagabend seine diesjährige Delegiertenversammlung im Hotel Falknis Vaduz durch. Die diesjährige Versammlung fiel zusammen mit dem 10jährigen Bestehen des verbandseigenen Verarbeitungsbetriebes «Milchhof» in Schaan, so dass die Entwicklung dieses Betriebes im Verlaufe des Versammlungsgeschehens verschiedentlich zum Ausdruck kam. Der Verbandspräsident Peter Frick, Balzers, konnte neben dem Vorstand eine grosse Zahl Delegierte der angeschlossenen Genossenschaften und Milchkäufer, sowie die Vertreter der anderen bäuerlichen Organisationen, Adolf Real, Präsident des Bauernverbandes, Beat Hasler, Präsident des Verbandes für Landtechnik, Helmut Frick, Präsident des Braunviehzuchtverbandes, sowie Ehrenmitglied Ing. Meinrad Lingg, Adolf Wachter Vertreter der Gemeinde Vaduz, Ing. Ernst Ospelt vom Landwirtschaftsamt und Emil Hemmerle, Alt-Milchinspektor begrüssen. Die reich befrachtete Traktandenliste wurde durch den Präsidenten speditiv abgewickelt.

te dank der guten, maschinellen Einrichtung mit einem geringen Personalaufwand geleistet werden. Seit 1973 fand auch eine Steigerung um 240 % bei der kostendeckenden Verarbeitung der Milch statt. Es ist aber bekannt, dass bei der Butter- und Käseproduktion im Interesse der Konsumenten keine kostendeckende Preise erzielt werden und diese Milchmenge ist im Verlaufe der letzten 10 Jahre naturgemäss ebenfalls bedeutend angestiegen.

Ziele weitgehend erreicht

Der Präsident konnte dann auch feststellen, dass die vor 10 Jahren gesteckten Ziele weitgehend erreicht wurden, wenn auch der Marktanteil im Lande noch bedeutend verbessert werden könnte. Aber hier spielen Mechanismen mit, die von uns nicht direkt beeinflusst werden können, sondern eine Verbesserung nur über die Einstellung des Handels und der Kon-

(Fortsetzung auf Seite 2)



Die diesjährige Delegiertenversammlung des Milchverbandes stand ganz im Zeichen des zehnjährigen Bestehens des zentralen Milchhofes in Schaan. Auf unserem Bild ist der Präsident des Milchverbandes, Peter Frick (stehend) zu erkennen, der für eine weitere Amtsperiode bestätigt wurde. Links neben ihm Ernst Ospelt, der Leiter des Landwirtschaftsamtes. Rechts Otto Gerner, der Geschäftsführer des Milchverbandes, sowie Hans Oehri, der Betriebsleiter des Milchhofes Schaan.

Nur bescheidenes Interesse

Wenige Zuhörer an der Informationsveranstaltung der Regierung über das Frauenstimmrecht

(G.M.) - Rund 70 Personen, darunter etwa die Hälfte Mandatsträger auf Landes- und Gemeindeebene oder Parteifunktionäre, hatten sich am Sonntagabend zur Informationsveranstaltung der Regierung vor der Abstimmung über das Frauenstimmrecht im Foyer des Vaduzer Saales eingefunden. Regierungschef Hans Brunhart zeichnete nochmals die Bemühungen um die politische Gleichberechtigung in den vergangenen zwanzig Jahren auf, während Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt auf einige der gängigsten Argumente für und gegen das Frauenstimmrecht einging. Ressortsekretär Leonhard Vogt schliesslich erläuterte anhand eines Schaubildes die Karenzfrist, die am 2. Juli in Kraft treten wird.

platz, als Mutter und Hausfrau sowie als Trägerin von Ämtern im politischen Bereich. Zur Karenzfrist führt Brunhart weiter aus, dass man sich an die gesetzlichen Bestimmungen in den Nachbarländern angelehnt habe. Damit verbinde sich auch die Hoffnung, dass man eine zukunftsweisende Lösung gefunden habe. Mit der Revision des Gemeindegesetzes, um das Problem der Bürger, die in anderen Gemeinden ihren Wohnsitz haben, zu lösen, ist nach seinen Worten ein Fachmann beauftragt worden. Im Zentrum würden dabei die Fragen der Einbürgerung und des Bürgernutzens stehen. Doch bedürften diese Regelungen einer längeren Vorbereitungszeit. Erkennbar sei jedoch der Wille, eine Änderung herbeizuführen.

Regierungschef Hans Brunhart schlug in seinen Ausführungen den Bogen zurück auf die Diskussion im Landtag über die Aufnahme von Mädchen in das Gymnasium, damals noch Marianum, und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass am 1. Juli der Schlusspunkt unter die Bemühungen zur Einführung des Frauenstimmrechts gesetzt werde. Nach seiner Darstellung sind auf diesem langen Weg zur politischen Gleichberechtigung einige Teilerfolge erzielt worden, auch wenn die bisherigen Abstimmungen auf Landesebene nicht zum erhofften Erfolg geführt hätten. Brunhart erwähnte im weiteren die Verfassungsänderung, damit den Gemeinden die Kompetenz zur Einführung des Frauenstimmrechts auf Gemeindeebene übertragen werden konnte, die Entscheidung des Staatsgerichtshofes sowie den FBP-Vorschlag zu einer erneuten Abstimmung auf Landesebene.

Fragwürdige Argumente gegen Frauenstimmrecht

Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt setzte an den Anfang seiner Ausführungen über die Argumentation der Gegnerschaft die Bemerkung, dass das Frauenstimmrecht als Menschenrecht überall anerkannt sei. In unserem Land, wo die Verhältnisse etwas anders gelagert seien als in anderen Staaten, würden jedoch immer noch überspitzte, fragwürdige Argumente gegen das Frauenstimmrecht vorgebracht. Dazu gehören die Ansicht: Die Frau gehört an den Herd, sie habe ein Desinteresse an der Politik, es fehle ihr die politische Reife, die Stimmbeteiligung würde sinken und die «Ausländerinnen» würden die Marschrichtung bestimmen. Der Regierungschef-Stellvertreter stellte zu diesen Schlagworten klar, dass die Rolle der Frau sich nicht mehr nur auf ihre Mutter- und Hausfrauenrolle beschränke, sondern in die Rolle einer Partnerin hineingewachsen sei, die heute eine wichtige Funktion auch in der Wirtschaft erfülle. In bezug auf das politische Desinteresse erklärte er, dass sich in diesem Bereich Männer und Frauen nicht unterscheiden würden. Nach den Erfahrungen in den fünf Gemeinde, die das Frauenstimmrecht verwirklicht haben, sinke auch die Stimmbeteiligung nicht wesentlich. Das Problem der sogenannten «Ausländerinnen» schliesslich werde mit der Einführung der Karenzfrist behoben. Das Frauenstimmrecht, so führte Hilmar Ospelt zum Schluss aus, diene dem Ausbau der Demokratie im Inland und stärke die Position Liechtensteins im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit.

Karenzfrist, Diskussion, Aufruf

Ressortsekretär Leonhard Vogt erläuterte anschliessend die gesetzlichen Bestimmungen zur Einführung einer Karenzfrist, die einen zwölfjährigen Wohnsitz im Lande vorsehe (die Jahre nach der Eheschliessung zählen doppelt), eine dreijährige Ehe mit einem liechtensteinischen Staatsbürger sowie den Verzicht auf die bisherige Staatsbürgerschaft fordere. Anhand des Rechenmodells, das auch auf der Regierungsbroschüre abgebildet ist, erklärte er die verschiedenen Fristen und nannte schliesslich auch die Verweigerungsgründe: Strafverfahren und Freiheitsstrafe sowie Befürchtungen, die Frau könnte eine Gefahr für Ruhe, Ordnung und Sicherheit darstellen.

Die Diskussion erbrachte, da sich die Versammlung anscheinend vorwiegend aus Befürworterinnen und Befürwortern zusammensetzte, kaum neue Aspekte. Regierungschef Hans Brunhart wählte sich deshalb in seinem Schlusswort wie ein Pfarrer, der auch immer die Gläubigen um sich versammelt habe. Er bedankte sich bei allen, die sich derzeit für die Verwirklichung der Gleichberechtigung einsetzten und betonte, dass das Frauenstimmrecht letztlich auch eine Frage der Glaubwürdigkeit nach innen und nach aussen darstelle. Ein Ja in die Urne ist nach seinen Worten konsequent in jeder Hinsicht, ein Erfolg deshalb ein gemeinsamer Erfolg zum Wohle unseres Landes.

Tätigkeitsberichte
Gemäss den Statuten der FBP haben am ordentlichen Parteitag jeweils der Sekretär des Vorstandes, der Finanzreferent und der Parteipräsident Tätigkeitsberichte über das abgelaufene Jahr vorzulegen bzw. vorzutragen. Nach der Pause um 20 Uhr, die auch für die Verpflegung der Tagungsteilnehmer gedacht ist, geht es mit den Tätigkeitsberichten von Parteisekretär Edgar Nipp und von Finanzreferent Josef Braun weiter. Es folgt der jeweils mit einer gewissen Spannung erwartete Bericht des Parteipräsidenten, von

Um unseren Fussballfreunden nicht die Freude am Parteitag 84 zu nehmen, wird nach Beendigung des offiziellen Teils die zweite Halbzeit des EM-Finales auf Grossbild-Video übertragen.